



**Vereinbarung vom 24. Oktober 2016
zur Zusammenarbeit von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und SPD
im Rat der Stadt Laatzten**

Die Partner BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und SPD werden in den nächsten fünf Jahren die Politik in Laatzten gemeinsam gestalten. Die Partner streben an, dass alle Menschen in Laatzten selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben.

Die wichtigsten Ziele der Partner in den nächsten Jahren sind insbesondere

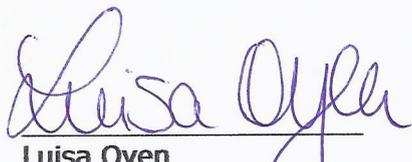
- der Fortbestand des erfolgreichen Laatzener Profils für Bildung und Betreuung als Bestandteil von Maßnahmen zugunsten gerade auch sozial Benachteiligter in der Stadt Laatzten,
- das Beheben des Mangels an bezahlbaren Wohnungen für Einkommensschwächere,
- die Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen, da sich die unterzeichnenden Parteien ausdrücklich zur Gleichstellung der Geschlechter bekennen,
- nachhaltige Aktivitäten zur Unterstützung der eingeleiteten Energiewende,
- die Verbesserung der Bedingungen für den Radverkehr, einschließlich einer Optimierung der Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr,
- alle Menschen in Laatzten sollen die Gestaltung der Stadt Laatzten demokratisch mitgestalten können,
- ein transparentes, nachvollziehbares Handeln bei den politischen Entscheidungsprozessen.

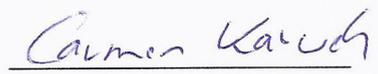
Deshalb vereinbaren die Partner:

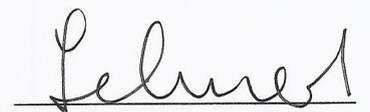
1. Die Partner bilden eine Gruppe im Rat der Stadt Laatzten.
2. Die Partner wirken darauf hin, entsprechende Vereinbarungen zur Zusammenarbeit in den Ortsräten abzuschließen.
3. Die Partner arbeiten in allen Fragen intensiv zusammen und stellen dies durch geeignete Arbeitsformen sicher, u. a. durch
 - kontinuierlich gemeinsame Beratung in den Arbeitsgruppen zu den Fachausschüssen,

- regelmäßig gemeinsame Fraktionssitzungen,
 - gemeinsame Vorbesprechungen vor den Sitzungen der Gremien.
4. Die Partner verpflichten sich, dem Grundsatz einheitlicher Abstimmung in Gremien und Ausschüssen zu folgen.
 5. Anträge werden grundsätzlich gemeinsam eingebracht.
 6. Wenn vom Grundsatz einer einheitlichen Abstimmung bzw. einer gemeinsamen Antragstellung abgewichen werden soll, weil es dem besonderen Interesse einer Partei oder Fraktion dient, kann - nach vorheriger Information der anderen Partner - entsprechend gehandelt werden.
 7. Personalvorschläge werden gemeinsam und einvernehmlich unterbreitet. Eine Liste über die Vereinbarung zu den zu besetzenden Ämtern sowie zu den Sitzen in den Ratsausschüssen und den sonstigen Gremien wird Anlage zu dieser Vereinbarung.
 8. Die Partner arbeiten in der internen Geschäftsführung eng zusammen. Dieses Management bildet die Voraussetzung
 - für ein geschlossenes Auftreten der Gruppe
 - mit dem Ziel, die Mehrheit in den Sitzungen der kommunalen Gremien sicherzustellen,
 - damit die Umsetzung inhaltlicher Ziele gewährleistet ist.
 9. Im Interesse der Transparenz politischer Entscheidungsprozesse wird diese Vereinbarung nicht vertraulich behandelt.

Laatzen, 24. Oktober 2016


 Luisa Oyen
 (SPD-Ortsverein Laatzen)


 Carmen Karwehl
 (Ortsverband Laatzen
 BÜNDNIS 90/Die Grünen)


 Hans Lehnert
 (Stadtverband DIE LINKE.
 Laatzen/Pattensen)


 Ernesto Nebot Pomar
 (SPD-Fraktion
 im Rat der Stadt Laatzen)


 Mathias Krüger
 (Fraktion BÜNDNIS 90/
 DIE GRÜNEN
 im Rat der Stadt Laatzen)


 Jessica Kaußen
 (Fraktion DIE LINKE.
 im Rat der Stadt Laatzen)